

LUFTFAHRT

# „Ich war da nicht sicher“

*Gerhard Puttfarcken, 57, Airbus-Chef Deutschland, zu den Konsequenzen der gerichtlich untersagten Landebahnverlängerung in Hamburg*



SKY PHOTO

Airbus-Gelände in Hamburg

**SPIEGEL:** Sind Sie Opfer der alten Volksweisheit: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht?“

**Puttfarcken:** Nein. Deutsches Planungsrecht ist eben komplex. Wir müssen Schritt für Schritt beantragen und können nichts auf Vorrat machen. Das führte zu dem Eindruck, dass wir Dinge nicht in vollem Umfang klar gemacht haben.

**SPIEGEL:** Eben: Im Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2000 war die Landebahn für den neuen A 380 noch lang genug, dann schoben Sie als Begründung für eine Verlängerung die angeblich schwerere Frachtversion nach und jetzt eine noch größere Passagierversion.

**Puttfarcken:** Seit 1999 haben wir permanent öffentlich darauf hingewiesen, dass veränderte Versionen eine Verlängerung nach sich ziehen müssten.

**SPIEGEL:** Welche Konsequenzen hat das Urteil für den Luftfahrtstandort Hamburg? Gehen tatsächlich Arbeitsplätze verloren, wenn die bisher vorgesehenen zwei Frachtflugzeuge ab 2008 nicht von hier ausgeliefert werden?



INGO RÖHRBEIN

Puttfarcken

**Puttfarcken:** Auf die Arbeitsplätze kann ich das jetzt noch nicht zurückrechnen. Die Frachtversion, von der in den nächsten 30 Jahren nicht 2, sondern 350 Stück verkauft werden sollen, ist ja noch in der Entwicklung. Aber die vereinbarte Arbeitsaufteilung mit Toulouse in der Endmontage würde so nicht zum Tragen kommen.

**SPIEGEL:** Das hieße: Die Frachtversion würde nur von Toulouse ausgeliefert?

**Puttfarcken:** Das wäre eine Konsequenz. Aber wir denken vorher natürlich über Auswege nach.

**SPIEGEL:** Gibt es einen Plan B? Etwa, die kleineren Airbus-Jets mehrheitlich in Hamburg zu fertigen und ganz auf den A 380 zu verzichten?

**Puttfarcken:** Nein, so ein Szenario wäre nicht gerechtfertigt.

**SPIEGEL:** Haben Sie daran geglaubt, dass die wenig konkreten Zukunftsszenarien der A 380-Versionen das Oberverwaltungsgericht veranlassen würden, Bürger zu enteignen?

**Puttfarcken:** Das muss das Gericht eben abwägen. Selbst ich war da über den Ausgang nicht sicher. Aber dass sich der A 380 für Hamburg lohnt, sehe ja nicht nur ich so. Da stehen Tausende, Hunderttausende, ja, Millionen hinter uns.

BUNDESLIGA

## Ultimatum an Bayer

Der Wechsel der kroatischen Fußballer Jurica Vranješ und Marko Babić zum Bundesligisten Bayer Leverkusen könnte ein juristisches Nachspiel haben. Nachdem der SPIEGEL Ende Juli über Ungereimtheiten beim Transfer der Kicker berichtet hatte, will der kroatische Erstliga-Club NK Osijek den deutschen Werkclub nun vor das Fifa-Schiedsgericht zerrn, falls dieser sich nicht binnen 15 Tagen zu dem Fall äußert. In dem Streit geht es um die 1999 vereinbarte Ablösesumme von 13,75 Millionen Mark. In einem Brief vom 3. August, der vom kroatischen Fußballverband an den Deutschen Fußball-Bund weitergeleitet wurde, beklagt der NK Osijek, dass die Transfersumme „bis heute nicht“ auf dem Konto des Vereins eingegangen sei. Tatsächlich hatte Bayer, auf Anweisung des seit 15 Monaten wegen Untreue inhaftierten Ex-Präsidenten des NK Osijek, Antun Novalić, das Geld am 4. Januar 2000

überwiesen – jedoch nicht auf das Ver einskonto bei einer Bank in Zagreb, sondern auf ein Nummernkonto bei der Credit Suisse in Zürich. Nach Aussage des früheren Bayer-Geschäftsführers Reiner Calmund floss die gesamte Summe, abzüglich eines Handgelds für die Kicker, an Novalić, der damals „den Verein zu 80 Prozent finanziert hat“. Für den neuen Bayer-Boss Wolfgang Holzhäuser ist der Fall deshalb erledigt. „Wir haben das Geld auf ein vom Verein genanntes Konto gezahlt. Ob Herr Novalić das Geld womöglich für sich behalten hat, ist nicht unser Bier.“

Vranješ



BAUMANN / AUGENKlick

EINZELHANDEL

## Aus für Frischtheken?

Mit dem massiven Abbau von Arbeitsplätzen droht der Einzelhandel für den Fall, dass Verbraucherschutzministerin Renate Künast eine neue Kennzeichnungspflicht für frische Lebensmittel einführt. Nach den Plänen der Ministerin soll der Handel demnächst auch sämtliche Zutaten in Wurst, Käse, Brot und anderen Frischwaren angeben, die an Bedientheken in Supermärkten und Fachgeschäften verkauft werden. „Dadurch wären bis zu 100 000 Jobs bedroht“, glaubt Hubertus Pellengahr vom Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE). Sollte die Kennzeichnungspflicht tatsächlich kommen, würden viele Geschäfte ihre Bedientheken wegen der hohen Nebenkosten schließen, so Pellengahr. Dadurch würden nicht nur die Beschäftigten ihre Arbeit verlieren, auch das Angebot für die Kunden werde erheblich eingeschränkt. Pellengahr: „Dann gibt es nur noch abgepackte Plastikware.“